

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Haupt- und Finanzausschuss
vom: 29.04.2015

10. Sitzungsperiode / 02. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Robert Bratus
3. Herr Hermann-Josef Frieling
4. Frau Elisabeth Nienhaus
5. Herr Michael Schichel
6. Herr Heinrich Icking
7. Herr Günter Osterholt
8. Herr Günter Bergup
9. Herr Klemens Lüdiger
10. Frau Rita Penno
11. Herr Maik van de Sand

Vertreter/in für:

Herr Ingo Plewa

Frau Christel Sicking

II. Entschuldigt:

1. Herr Ingo Plewa
2. Frau Christel Sicking
3. Herr Rolf Stödtke

III. Verwaltung:

1. AL 20 - Herr Martin Wilmers
2. Stv. AL 20 - Frau Birgit Küpers

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.01.2015 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Beratung der aktuellen Haushaltssituation

Sitzungsvorlage-Nr.: 42/2015

Ergänzend zur Sitzungsvorlage, die als „Update“ des 1. Finanzzwischenberichtes zu sehen ist, teilt der **Kämmerer** mit, dass die „Gewerbsteuerlücke“ inzwischen um 120 TEUR geringer ist. Das Entstehen einer Lücke am Jahresanfang ist durchaus üblich. Da diese höher ausgefallen ist als in den Vorjahren, wurde der Rat im 1. Finanzzwischenbericht darüber informiert, dass sie voraussichtlich nicht vollständig zu schließen sei. Nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrung hat er durch die Analyse der Zahlen derzeit keinen Anlass zu Handlungsempfehlungen gesehen und konsequenterweise eine Kenntnisnahme empfohlen.

Die dazu entstandene Diskussion und entsprechende Presseberichterstattung hat gezeigt, dass man seiner Schlussfolgerung keinen Glauben geschenkt hat, obwohl es in den letzten 17 Jahren keinen Anlass gegeben hat, an seiner Arbeit zu zweifeln. Bei aller Sorge um den gemeindlichen Haushalt soll man nicht in Panik und Aktionismus verfallen.

Die möglichen Instrumente des Eingriffs in die laufende Haushaltswirtschaft sind Haushaltssperre und Nachtragshaushalt. Eine Haushaltssperre kann nur die freiwilligen Leistungen, insbesondere die Vereinsförderung, betreffen. Diese wird zurzeit grundlegend überarbeitet. Weitere Ausgabenkürzungen sind kaum möglich. Dies haben die intensiven Arbeiten bei der Erstellung des Haushaltes gezeigt.

Ein Nachtragshaushalt macht keinen Sinn, da beispielsweise eine Lücke von 300 TEUR unter 2% liegt, und hier nicht von einem erheblich höheren Fehlbetrag gesprochen werden kann. Zudem kann durch einen Nachtragshaushalt die Lücke auch nicht geschlossen werden, wenn nicht über die Erhöhung von Erträgen nachgedacht wird.

Das Streichen von notwendigen Investitionen führt nicht zu einer Entlastung des Ergebnishaushaltes: solange die Investition nicht abgeschlossen ist, belastet sie den Haushalt nicht mit Abschreibungen. Die Finanzierung über Kassenkredite mit einem Zinssatz von z.Zt. ca. 0,1 % schlägt kaum ins Gewicht. Soweit es sich um Investitionen im Abwasserbereich handelt, müssen Zinsen und Abschreibungen über Gebühren finanziert werden, so dass sie unterm Strich die Ergebnisrechnung ohnehin nicht belasten.

Die in der Presse bekannt gegebene Senkung der Jugendamtsumlage wird erst im nächsten Jahr den Gemeinden zugutekommen, da dann die Endabrechnung stattfindet.

Voraussichtlich werden im Asylbereich die Aufwendungen noch steigen.

Die Gesamtsituation der Gemeinde im Vergleich zu anderen Kommunen stellt sich als sehr gut dar. Dies zeigt die ausgehändigte Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW, in der sich die Gemeinde Südlohn in den oberen Rängen wiederfindet.

Der Gesamtabschluss 2014 für den „Konzern Kommune“ weist einen Überschuss von ca. 393 TEUR aus.

Herr Frieling (CDU-Fraktion) macht klar, dass der Diskussionsbedarf dadurch entstanden ist, dass sogar der **Kämmerer** Zweifel daran hat, dass die Lücke geschlossen werden kann. Neben einer Ursachenforschung für den Gewerbesteuerückgang muss vor allem im Schulbereich aufgrund der Schließung der Hauptschule die Notwendigkeit von Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen geprüft werden.

Entgegen der Ansicht des **Kämmerers** besteht aus seiner Sicht durchaus Handlungsbedarf. Er sieht die Politiker in der Pflicht, aus Sorge um die Finanzen weiter nachzufragen. Hierzu hält er monatliche Informationen für notwendig.

Der **BM** macht deutlich, dass vor dem 3. Quartal für die Gewerbesteuer kaum belastbare Zahlen zu erhalten sind. Im Bereich der Schulen wird bereits überlegt, wie mit den geplanten Maßnahmen verfahren werden soll. Entsprechend der aktuellen Schul- und Finanzsituation sind bisher auch noch keine größeren geplanten Maßnahmen angestoßen worden. Weitergehende Informationen werden in der Haushaltskommission erfolgen.

Der Kämmerer erläutert nochmals, dass hinsichtlich der Gewerbesteuer anhand des Vergleiches mit den Vorjahren zurzeit eine Lücke von 200 – 250 TEUR realistisch ist. Dies ist nicht zu ändern. Eine monatliche Auswertung des Finanzzwischenberichtes ist zu aufwändig und auch nicht zielführend. Er sichert einen monatlichen Bericht über die Entwicklung der Gewerbesteuer zu. Über die Notwendigkeit der Bereitstellung weiterer oder anderer Zahlen wird die Haushaltskommission beraten. Angedacht ist seinerseits u.a. eine Finanzkontrolle unter der Berücksichtigung saisonaler Einflüsse.

Herr Bergup (UWG-Fraktion) macht deutlich, dass seine Fraktion über die Diskussion in der Ratssitzung überrascht war. Vergleicht man die Abweichungen der ordentlichen Erträge (55 %) mit dem Wert des Vorjahres zum gleichen Zeitpunkt (53 %), so zeigt sich die Situation durchaus im normalen Rahmen. Er warnt vor einer monatlichen Zahlenflut und weist auf seine Ausführungen zur Haushaltsplanberatung hin. Ziel der **UWG** sei es, durch das kritische Hinterfragen von Investitionen die Kreditaufnahmen und die Nettoneuverschuldung zu verringern.

Er fragt nach, ob der Gewerbesteueransatz auf der Grundlage der Steuerschätzung gebildet wird. Hierzu erläutert der **Kämmerer**, dass man den Ansatz abweichend von den Orientierungsdaten anhand der Meßbeträge des Vorjahres die Ansätze ermittelt und dies im Haushaltsplan auch entsprechend erläutert.

Herr Frieling (CDU-Fraktion) macht deutlich, dass es seiner Fraktion angesichts der Situation in erster Linie darum geht, über die Entwicklungen informiert und in die Entscheidungen einbezogen zu werden. So hätte er gerne vorher die Information gehabt, dass für die Schulen bisher noch nichts ausgegeben wurde. Angesichts der strukturellen Haushaltsprobleme durch fremdbestimmte Dinge wie fehlende Schlüsselzuweisungen und drohende Abundanzumlage muss man konstruktive Vorschläge erarbeiten, um hier gegensteuern zu können.

Der **Kämmerer** macht deutlich, dass die Verwaltung die Haushaltsansätze nicht missbraucht, um unnötig Geld auszugeben. Der **BM** unterstreicht dies und sieht als notwendigen nächsten Schritt die Planung der künftigen Immobiliennutzung. Bei Informationsbedarf besteht jederzeit die Möglichkeit nachzufragen und Akten einzusehen.

Herr Osterholt (CDU-Fraktion) hat erwartet, dass die Verwaltung für das entstandene Einnahmeproblem Auffangmöglichkeiten im Ausgabenbereich darstellt. Hinsichtlich der aus seiner Sicht möglichen Lücke von 1,7 Mio. EUR muss im nächsten Jahr noch genauer geprüft werden, wie der Haushalt „ausgeglichen“ werden kann.

Seitens der Verwaltung wird festgestellt, dass ein Großteil der Ausgaben fremdbestimmt ist (z.B. Kreis-/und Gewerbesteuerumlage). Die Zuteilung neuer Aufgaben durch Bund und Land ohne entsprechende zusätzliche Finanzmittel verschärft die Situation.

Die Kreis- und Jugendamtsumlage wird seit Jahren in der Bürgermeisterkonferenz kritisch hinterfragt. Da die Jugendamtsumlage stark von tatsächlichen Fallzahlen abhängt, ist sie jedoch auch für den Kreis kaum planbar. Wie sich die Verringerung um 1 Mio. EUR auf die einzelnen Gemeinden verteilt, ist zurzeit noch nicht klar.

Hinsichtlich der Einnahmen erkundigt sich **Herr Schichel (CDU-Fraktion)** nach dem Sachstand im Baugebiet Burloer Straße West. Hier ist inzwischen die Erwiderng auf den Normenkontrollantrag erfolgt. Das weitere Vorgehen des Gerichts muss abgewartet werden. Es werden jedoch Baugenehmigungen erteilt, so dass eine Bebauung der Grundstücke weiterhin möglich ist.

Auf Nachfrage von **Herrn Frieling (CDU-Fraktion)** erläutert der **Kämmerer**, dass ein Fehlbetrag von 820 TEUR – wenn er denn eintritt – durchaus als erheblich einzustufen ist. Er wird jedoch keinen

Nachtragshaushalt nach sich ziehen, da hierdurch der Fehlbetrag auch nicht verringert werden kann und er durch die Ausgleichsrücklage gedeckt ist. Dies könnte bedeuten, dass im nächsten Jahr über Steuererhöhungen oder das Streichen freiwilliger Leistungen nachgedacht werden muss. Solange die Ausgleichsrücklage für den Finanzplanungszeitraum reicht, muss dieses aber nicht zwingend erfolgen. Nach dem derzeitigen Stand würde diese im Jahr 2018 im schlimmsten Fall bei ca. 400 TEUR liegen.

Herr Lüdiger (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach der Entwicklung in den vergangenen Jahren. Sowohl durch Aufwandsreduzierungen (v.a. bei Sach- und Dienstleistungen) als auch durch Ertragserhöhungen (v.a. bei Gewerbesteuer) konnten trotz sinkender Schlüsselzuweisungen überwiegend positive Jahresabschlüsse erzielt werden. Lediglich in 2009 und 2014 waren Verluste zu verzeichnen.

Herr Schichel (CDU-Fraktion) erkundigt sich, warum ein Kassenkredit von 2 Mio. EUR aufgenommen wurde, obwohl der Plan dort „0“ vorsieht. Kassenkredite finden ihre Ermächtigung in der Haushaltssatzung und werden nicht geplant. Sie sind zurzeit zum einen für die Liquidität der Betriebe erforderlich zum anderen werden sie aufgrund des günstigen Zinssatzes auch solange zur Finanzierung von Investitionen benötigt, bis ein Investitionskredit hierfür in Anspruch genommen wird.

Herr van de Sand (Grüne-Fraktion) fragt, welche konkreten Maßnahmen der Haupt- und Finanzausschuss im Hinblick auf die Schulen treffen kann und ob man sich nicht Gedanken über eine Raumbedarfsplanung machen müsse. Hier sichert der **Kämmerer** zu, dass die geplanten Maßnahmen kurzfristig mit dem Bauamt nochmals besprochen werden. Sofern danach Einsparmöglichkeiten gesehen werden, werden die entsprechenden Buchungsstellen durch den **Kämmerer** mit einer Haushaltssperre versehen, über die dann der Rat informiert wird. Der Rat hat dann die Möglichkeit, diese Sperren bei Bedarf wieder aufzuheben oder auch nicht.

Hinsichtlich der Raumbedarfsplanung verwies der **BM** auf den nichtöffentlichen Teil.

Herr Bratus (CDU-Fraktion) sah sich in der Sitzung dem Vorwurf des Aktionismus ausgesetzt. Durch die Aussage „es gebe keinen Handlungsbedarf“ hatte er den Eindruck, dass es nicht gewünscht war, das drohende Defizit von 1,7 Mio EUR zu hinterfragen.

Es wurde **seitens der Verwaltung** deutlich gemacht, dass Fragen nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig sind. Diese können auch jederzeit gerne direkt an die Verwaltung gerichtet werden. Die derzeitige Situation muss beobachtet werden. Zurzeit bleibt nur die Möglichkeit, die Situation an den Schulen zu überdenken und im Übrigen die Entwicklung des Defizits genau zu beobachten. Weder die Aufwands- noch die Ertragsseite des gerade 2 Monate alten Haushaltsplanes bieten Einsparmöglichkeiten.

Beschluss: -/-

TOP 3.: Mitteilungen und Anfragen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Mitteilungen erfolgen nicht, Anfragen werden nicht gestellt.

Beschluss: -/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Birgit Küpers
Schriftführerin